

WEGE IN DIE DEMOGRAPHISCHE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Ursachen wie Auswirkungen des demografischen Wandels sind komplex und betreffen nahezu alle Politikfelder und Lebensbereiche. Die Richtung der Veränderung ist vorgegeben. Die Zeichen stehen auf Schrumpfung und Alterung. Die Kinderzahlen werden nicht so weit steigen, dass die Bevölkerungszahl wenigstens mittelfristig stabil bleiben könnte. Die Lebenserwartung wird nicht sinken und damit vergrößert sich das Rentenproblem. Und auch Zuwanderer können weder die alternde Bevölkerungsstruktur ausreichend verjüngen noch das Schrumpfen vollständig kompensieren. Es gibt folglich keine Patentantwort auf die anstehenden Fragen. Sondern nur eine Mischung aus Möglichkeiten, um die Veränderungen abzufedern und die Menschen auf den Wandel vorzubereiten. Folgende Punkte sollten dabei bedacht werden:

1 Demografisch denken
Laut einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2003 haben 52 Prozent der Deutschen noch nie den Begriff „demografischer Wandel“ gehört. Dies zeigt, dass die Bedeutung dieses Phänomens bisher kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen ist. Die demografische Entwicklung sollte aber nicht nur in der Öffentlichkeit diskutiert, sondern auch bei der politischen Planung mehr als bisher berücksichtigt werden. Demografische Veränderungen haben eine sehr lange Vorlaufzeit und erfordern eine besondere Weitsicht. Weil die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich von dem anstehenden Wandel betroffen sind, sollte das demografische Wissen vor allem auf kommunaler Ebene verbessert werden.

2 Das Schrumpfen organisieren
In vielen Gebieten ist der Schrumpfungsprozess auf absehbare Zeit unumkehrbar. Die im Grundgesetz verankerten „Gleichwertigen Lebensverhältnisse“ für alle deutschen Regionen lassen sich nicht durch eine Förderung strukturschwacher Zonen aufrecht erhalten. Deshalb sollten wirksame Rückzugsstrategien entwickelt werden. Die Möglichkeiten reichen vom Wohnungsrückbau bis zur vollständigen Entsiedelung und Renaturierung einiger Regionen. Aller Erfahrung nach ist es sinnvoll, den Rückbau von den Stadträndern nach innen zu organisieren und kein Geld in die Sanierung von Außenbezirken zu stecken. Um dabei Fehlplanungen zu verhindern und weil der demografische Wandel nicht vor Ländergrenzen halt macht, sollten die betroffenen Kommunen und Kreise länderübergreifend zusammenarbeiten.

3 Städte attraktiver machen
Die innerdeutsche Wanderungsbewegung zeigt, dass viele Städte in der Vergangenheit insbesondere für Familien massiv an Reiz verloren haben. Durch Wegzüge, zurückgehende Steuereinnahmen, leerstehende Wohnungen, Überalterung und sinkende Kaufkraft geraten schrumpfende Städte in eine verheerende Abwärtsspirale. Eine Möglichkeit, den Abstieg zu bremsen, besteht darin, die Städte attraktiver, das heißt, vor allem familien- und kinderfreundlicher zu gestalten. So lässt sich auch die ökologisch unerwünschte Zersiedelung im Umland der Städte bremsen. Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, in Wirklichkeit versteckte Subventionen für die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft, beschleunigen den Zerfall der Städte. Erfolgreiche Ansätze der Reurbanisierung, wie etwa in Leipzig, sollten unterstützt und vervielfältigt werden.

4 Investitionen lenken

Die Wirksamkeit von öffentlichen und privaten Investitionen hängt ganz wesentlich von der demografischen Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen ab. Eine Regionalförderung nach dem Gießkannenprinzip ist eine Verschwendung von Ressourcen. Sie sollte sich vielmehr auf Regionen mit Zukunft konzentrieren. Plattenbauten zuerst mit Millionenbeträgen zu sanieren und dann wegen Bedarfsmangel abzureißen, bedeutet eine Fehlinvestition. Auch bundesweite Investitionen sollten an den demografischen Wandel angepasst werden. Zum Beispiel im Straßenbau: Während Verkehrsexperten mehrheitlich von einem Rückgang der Verkehrsleistung ausgehen, plant das Verkehrsministerium für die Spanne 1997 bis 2015 mit einem 16-prozentigen Wachstum des Verkehrsaufkommens.⁵⁸ Doch schon seit 1999 wird auf Deutschlands Straßen weniger gefahren.⁵⁹ Wenn von 2015 an die geburtenstarken Jahrgänge das fahrfreudigste Alter verlassen, ist sogar mit einem massiven Rückgang der Kilometerleistung zu rechnen.

5 Verschuldung abbauen

Die öffentlichen Haushalte haben in der Vergangenheit zu viele Ausgaben über Schulden finanziert. Heute sind sie häufig kaum noch handlungsfähig und können nicht einmal die Probleme der Gegenwart bewältigen. Die Steuereinnahmen und die Einzahlungen in die Sozialsysteme werden aber aus demografischen Gründen sinken, während die Herausforderungen in Zukunft wachsen. Die wichtigsten Aufgaben im Rahmen der demografischen Veränderung lassen sich dann noch schwerer lösen. Denn es fehlt an Geld für Bildung und Familienförderung, für die Integration von Migranten und die Versorgung alter Menschen. Je eher und intensiver Verschuldung abgebaut wird, umso eher besteht die Möglichkeit, sich aus der negativen Spirale von wachsenden Kosten und sinkenden Einnahmen zu befreien.

6 Subventionen nur für Innovation einsetzen

Gerade Gebiete, in denen überkommene und nicht mehr konkurrenzfähige Industrien wie die Kohleförderung oder der Schiffbau lange künstlich mit Subventionen am Leben erhalten wurden, haben heute die größten demografischen Probleme. Diese Regionen haben häufig den Einstieg in eine moderne Wirtschaftskultur verpasst, was zu Abwanderung und Überalterung beiträgt. Subventionen sollten deshalb gestrichen werden, wo sie auf den Erhalt unproduktiver Wirtschaftszweige abzielen. Aber dort eingesetzt werden, wo sie innovativen Branchen auf die Sprünge zur Marktreife helfen. Auch hier gilt: Verzögerung bedeutet Verteuerung.

7 Bundesländer neu strukturieren

Der demografische Wandel erfordert eine Reform des deutschen Föderalismus. Die kleinen Bundesländer Bremen und Saarland leiden massiv unter Strukturwandel, Überalterung und Bevölkerungsschwund. Flächenländer mit angrenzenden Stadtstaaten wie Schleswig-Holstein und Hamburg, oder Berlin und Brandenburg sind längst zu Hybriden geworden. Eine getrennte und kostenträchtige Doppelverwaltung dieser ökonomischen und sozialen Einheiten erscheint heute wenig sinnvoll. Zusammengelegte Bundesländer könnten effizienter arbeiten und mehr Einfluss geltend machen.

8 Längere Lebensarbeitszeit einführen

Um den heutigen Lebensstandard zu erhalten, müssen die Deutschen länger arbeiten. Solange die Menschen wie derzeit im Durchschnitt mit 60,4 (Frauen) beziehungsweise 61 (Männer) Jahren in Rente gehen, ist eine Altersversorgung nach heutiger Vorstellung nicht finanzierbar. Auch eine höhere Frauenerwerbsquote und kürzere Ausbildungszeiten würden die Arbeitsleistung der Deutschen verbessern. Um Anreize für eine längere Berufstätigkeit zu schaffen und um die Alterssicherung zu verbessern, könnte ein Teil des Einkommens von Arbeitnehmern über 65 von der Steuer befreit werden.

9 Bildungssystem reformieren
Das Studienabschlussalter in Deutschland liegt mit über 28 Jahren über dem Niveau vergleichbarer Länder. Zu lange Studienzeiten verzögern den Eintritt ins Erwerbsleben und damit auch die Möglichkeit, in jungen Jahren finanziell abgesichert eine Familie zu gründen. Je später sich junge Menschen auf ein erstes Kind einlassen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Kind ohne Geschwister aufwächst. Auch das Schulsystem hat einen Einfluss auf die Kinderzahlen: Ganztagschulen, wie sie in Frankreich oder der Schweiz die Norm sind, ermöglichen beiden Elternteilen einen Beruf auszuüben. Zudem erleichtern sie eine individuelle Förderung von hoch- wie auch von weniger begabten Schülern. Unbedingt verbessert werden muss das System der Hauptschulen. Zum einen, damit Hauptschulabsolventen wieder größere Chancen am Arbeitsmarkt bekommen. Und zum anderen, um die besorgniserregend hohe Zahl vor allem an männlichen Jugendlichen zu reduzieren, die nicht einmal diesen Abschluss schaffen. Dies ist auch demografisch von Bedeutung, denn junge Männer ohne ausreichende Bildung finden seltener eine Partnerin zur Familiengründung als durchschnittlich Qualifizierte.

10 Arbeitswelt an eine ältere Belegschaft anpassen
Die Unternehmen müssen sich auf alternde Belegschaften einstellen. Weiterbildung sollte nicht auf jüngere Mitarbeiter beschränkt sein, sondern auch über 50-Jährigen offen stehen. Erkenntnisse der Altersforschung belegen, dass die verbreitete Vorstellung über „unproduktive Alte“ falsch ist. Das Potenzial älterer Menschen sollte besser erforscht und gezielt eingesetzt werden. Denn eine Gesellschaft, die bald schon mehrheitlich aus über 50-Jährigen besteht, ist zwangsläufig auf die Leistungen der höheren Semester angewiesen.

11 Integration von Ausländern verbessern
Die demografische Entwicklung macht deutlich, dass Deutschland in Zukunft weiter Einwanderung braucht. Ausländer müssen deshalb besser als bisher in die Gesellschaft integriert werden. Diese Aufgabe beginnt bei den Kindern von Ausländern. Sie sollten so früh wie möglich, am besten in Kindergärten und unter einer Mehrheit deutschsprechender Spielkameraden, die deutsche Sprache erlernen. Generell wird zu wenig in die Bildung von Migrantenkindern investiert. Auch von den Zuwanderern selbst: Die meisten von ihnen streben eher nach einer Einkommens- als nach einer Bildungskarriere. Als Folge gibt es nur wenige Ausländer mit hohen Qualifikationen. Gegenden mit guten Integrationswerten sollten systematisch untersucht werden, um positive Beispiele für die Einbürgerung von Migranten zu finden und sie dann modellhaft in anderen Gegenden zu vervielfältigen.

12 Einwanderung steuern
Deutschland ist seit über 30 Jahren ein Einwanderungsland. Die Zuwanderer bringen allerdings nicht immer eine geeignete Qualifikation mit, um im Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden. Deutschland braucht deshalb eine gezielte Einwanderungspolitik nach einem Punktesystem, ähnlich wie sie von Staaten wie Kanada oder Neuseeland betrieben wird. Langfristig wird es nicht ausreichen, Hochqualifizierten die Einwanderung nach Deutschland lediglich zu ermöglichen, denn alle Industrienationen mit schwindender Bevölkerung werden bald schon um Fachkräfte konkurrieren. Es sollte daher zielgerichtet um die „besten Köpfe“ geworben werden. Und nicht nur das: Hochqualifizierte Deutsche sollten auch bessere Chancen im eigenen Land erhalten. Etwa 70.000 von ihnen leben und arbeiten allein in den Vereinigten Staaten und stellen dort nach Indern und Chinesen die drittgrößte Gruppe der nicht in den USA geborenen Menschen mit höchstem Bildungsstand.⁶⁰

13 Bürgergesellschaft stärken
Der Staat hat aufgrund des demografischen Wandels für immer schwierigere Aufgaben immer weniger Mittel zur Verfügung. Er wird sich deshalb in Zukunft von einigen dieser Aufgaben trennen müssen, die dann von der Zivilgesellschaft übernommen werden. Hierbei spielen Stiftungen eine besondere Rolle. Größere Zuwendungen an Stiftungen sollten deshalb leichter steuerlich absetzbar sein. Gleichzeitig stellen die „jungen Alten“ ein großes, ungenutztes und kreatives Potential dar. Die Bürgergesellschaft kann Menschen mit Ideen, mit Finanzkraft und mit Zeit zum Umsetzen guter Ideen zusammenführen. Besonders in Bereichen, in denen durch den demografische Wandel neue Belastungen entstehen, wie bei Altenpflege oder Ausländerintegration könnten Senioren wichtige Aufgaben erfüllen. Die immer größer werdende Gruppe der über 60-Jährigen wird in Zukunft Aufgaben übernehmen müssen, die heute von Zivildienstleistenden erfüllt werden, denn deren Kohorte schrumpft zahlenmäßig.

14 Kinder- und familienfreundlicher werden
Zuwanderung allein kann den demografischen Trend nicht aufhalten. Um die Altersstruktur zu stabilisieren, braucht Deutschland auch mehr Nachwuchs. Umfragen zufolge wünschen sich Deutschlands Frauen im Mittel zwei Kinder. Die gegenwärtige Fertilitätsrate liegt aber nur bei 1,4. Ebenso hätten 75 Prozent aller Kinderlosen gerne eigenen Nachwuchs – am liebsten zwei Kinder. Welche Hemmnisse der Erfüllung des Kinderwunsches im Wege stehen, ist bis heute umstritten – und im wesentlichen unerforscht. Gewiss aber erleichtern Kinderbetreuung und Ganztagschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Flexible Arbeitszeiten sollten nicht nur älteren Erwerbstätigen sondern vor allem jungen Eltern ermöglicht werden.

15 Kinder selbstverständlich machen
Anders als in vielen anderen Ländern gelten Kinder in Deutschland nicht als Normal-, sondern häufig als ökonomischer Problemfall. Es ist aber nicht damit getan, Steuern für Familien mit Kindern zu senken und Kinderlose zu bestrafen. Was fehlt, ist eine gesellschaftliche Diskussion um den Eigenwert von Kindern. Dazu gehört eine Debatte über die Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Lebensstils. Denn eine Gesellschaft ohne Kinder ist auf Dauer nicht überlebensfähig.

16 Bevölkerungsforschung fördern
Umfragen zufolge wollen die Deutschen keine schrumpfende Nation. Weitgehend unbekannt ist jedoch, warum sie gleichzeitig zu wenig Nachwuchs in die Welt setzen. Weniger jedenfalls als beispielsweise die Franzosen, die deshalb weit geringere demografische Probleme erfahren werden. Welche sozialen und kulturellen Faktoren die Kinderzahlen beeinflussen, und was sich aus dem Beispiel von Industrienationen mit höherer Fertilität lernen lässt, sollte besser erforscht werden. Generell ist der Stellenwert der Demografie als Wissenschaft in Deutschland extrem niedrig. Hierzulande gibt es nur vier Universitätslehrstühle für Bevölkerungswissenschaft – weit weniger als in vergleichbaren Ländern. Bei Drucklegung dieser Studie waren obendrein sämtliche Professuren vakant. Zumindest einem der Lehrstühle droht die Streichung aufgrund von Einsparungen.

17 Abschied nehmen von unrealistischen Visionen
Länger leben, immer weniger arbeiten und dabei immer reicher werden – das war eine wirklichkeitsfremde Phantasie der 1970er, 1980er und 1990er Jahre. Deutschland muss sich vorbereiten auf schwere Zeiten, in denen lieb gewonnene Gewissheiten von Wohlstand und totaler Absicherung in Frage gestellt werden. Diese Herausforderung stellt sich der gesamten Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft, und den Gewerkschaften – und jedem Einzelnen.